Kantonsrat St.Gallen 61.17.36

Einfache Anfrage SP-GRÜ-Fraktion: «Die Ostschweiz braucht eigene Medien

Am Donnerstagmorgen kündigten die NZZ-Mediengruppe und die AZ Medien an, dass sie ihr regionales Mediengeschäft zusammenführen werden. Die SP des Kantons sieht in diesem Zusammenschluss eine weitere Bedrohung einer unabhängigen regionalen und nationalen Berichterstattung. Sie verlangt von der St.Galler Regierung rasche Massnahmen, um eine politisch faire, an den regionalen Bedürfnissen orientierte Berichterstattung zu garantieren. Der Aufbau eines staatlich mitfinanzierten, unabhängigen Publikationsorgans ist dringend nötig.

Die Tagblatt-Medien haben im Kanton St.Gallen eine ausgesprochen starke Stellung. Schon seit der Zusammenlegung der Regionalmedien in der Ostschweiz und noch prekärer nach der Zusammenlegung mit den LZ-Medien (Luzerner Zeitung) im Jahr 2016 liegt die Führung der Medien nicht mehr in der Ostschweiz. Berichterstattung und Kommentar werden von der Züricher Zentrale aus gesteuert und bilden die politische Entwicklung in der Ostschweiz nur noch ungenügend ab.

Bei nationalen Vorlagen wird nur noch einseitig im Dienst bürgerlicher Parteipolitik Stellung bezogen. Das Tagblatt wird seinem Anspruch als Forumszeitung schon lange nicht mehr gerecht und es ist zu befürchten, dass diese Tendenz mit dem neuen Zusammenschluss verstärkt wird. Zugleich gibt es keine klare Stimme der Ostschweiz in den Medien mehr und die Ostschweiz wird als Standort weiter marginalisiert. Angesichts dieser neuen Marktmacht ist eine Intervention der St.Galler Regierung, allenfalls koordiniert mit den Kantonen AR, Al und TG, bei der eidgenössischen Wettbewerbskommission Weko, die dem Zusammenschluss noch zustimmen muss, zu prüfen.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Ist die Regierung bereit, bei der Wettbewerbskommission Weko, allenfalls zusammen mit anderen Kantonen zu intervenieren, um eine zu grosse und für die Ostschweiz nachteilige Marktmacht zu verhindern?
- Wie stellt die Regierung sicher, dass die Interessen des Wirtschafts- und Lebensraumes Ostschweiz in den Medien auf nationaler Ebene genügend kommuniziert und medial vertreten werden?
- 3. Ist die Regierung bereit, eine kantonale Medien- und Kommunikationspolitik zu formulieren, die einen starken regionalen Service public mit einem vielfältigen Meinungsangebot garantiert?
- 4. Wie sieht Regierung die Schaffung eines genossenschaftlich organisierten Ostschweizer Mediums oder Publikationsorgans, das staatlich mitfinanziert wird und allen offen steht? »
- 8. Dezember 2017

SP-GRÜ-Fraktion

Geht an

- Mitglieder des Präsidiums (9)
- Mitglieder der Regierung und Staatssekretär (8)
- einreichende Mitglieder des Kantonsrates: SP-GRÜ-Fraktion
- Parlamentsdienste (6; ls, mü, re, gö, cw, sa)
- Volkswirtschaftsdepartement (2; auch per E-Mail)
- SE / Dv / ensi / MRPr